



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Entscheidung für G 9 neu jetzt fällen – Pädagogisches Konzept entwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Mitte März 2017 die Entscheidung über die Einführung eines neunjährigen Gymnasiums zu fällen. Mit dieser Richtungsentscheidung besteht Planungssicherheit für Schulen, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Kommunen. Wenn der äußere Rahmen des Gymnasiums feststeht, nämlich eine generelle Schulzeit von neun Jahren, dann kann der Dialogprozess mit den Beteiligten vor Ort und den Expertinnen und Experten über die pädagogische Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Gymnasiums zügig beginnen und sorgfältig geführt werden.

Begründung:

Die Hängepartie in der CSU-Fraktion über die zukünftige Dauer des Gymnasiums in Bayern führt zu großer Verunsicherung in der Bildungslandschaft und bei der Bevölkerung in Bayern. Eltern werden im Unklaren über den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder gelassen, Schulen brauchen einen Fahrplan für ihre konzeptionelle Ausrichtung und Lehrkräfte für ihre weitere Arbeit der Schul- und Unterrichtsentwicklung. Insbesondere Kommunen brauchen bei anstehenden Entscheidungen zur Sanierung oder zum Neubau von Gymnasien eine Orientierung für Raumplanung und Festsetzung des Bauvolumens. So wird der Kreistag

in Mering die Baumaßnahmen am Gymnasium stoppen, weil die Einführung eines G 9 andere Kapazitäten als geplant erfordern würde. Der Städtetag hat in seiner Pressemitteilung vom 16. Februar 2017 eine schnelle Entscheidung angemahnt.

Auch an den Schulen besteht große Verunsicherung. Eine besondere Situation besteht an den 47 Schulen im Pilotversuch „Mittelstufe plus“. Nach zwei Jahren sind die Signale offenkundig, dass dieses Projekt der Mittelstufe plus seitens des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst nicht mehr fortgeführt wird. In einem Gutachten im Auftrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahre 2014 hat Prof. em. Klaus Klemm auf die Schwierigkeiten bei der organisatorischen Umsetzung hingewiesen. Auch wenn das Modell an seiner fehlenden Umsetzbarkeit gescheitert ist, muss festgestellt werden, dass 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler an den betreffenden Schulen diese Variante gewählt haben, weil sie Aussicht auf eine längere Schulzeit hatten. Diese Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schulen dürfen jetzt nicht im Stich gelassen werden. Sie brauchen die Entscheidung für G 9 neu jetzt und die Option, als Vorläuferschulen bruchlos in das neunjährige Gymnasium einsteigen zu können.

Für alle Schulen gilt: Eltern und Kinder, die vor der Frage eines Übertritts an das Gymnasium stehen, wollen wissen, wie lange die Schulzeit an dieser Schule dauert. Der Monat März steht unter dem Vorzeichen der Vorbereitung auf das neue Schuljahr: Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, Kinder und Kommunen brauchen daher jetzt Klarheit.

Der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst hat mit allen Beteiligten am Gymnasium und ihren Verbänden gesprochen. Die Aussage aller Gesprächspartner war ein klares Bekenntnis zum neunjährigen Gymnasium. Wenn jetzt noch von Dialogphase gesprochen wird, dann nur vom immerwährenden Dialog der CSU-Fraktion mit sich selbst. Dieser Selbstdialog ist jetzt reif durch eine Entscheidung beendet zu werden.